

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Prof. Herbert Weichmann,
Hamburgs früherer Erster
Bürgermeister, mahnt die
SPD-Bundestagsfraktion
zur Geschlossenheit.

Seite 1/2

Dr. Hermann Schmitt-Vok-
kenhausen, Vizepräsident
des Bundestages, erinnert
Großbritannien an seine
europäischen Pflichten.

Seite 3

Dieter Lattmann MdB wür-
digt die Arbeit des schei-
denden Bildungsministers
Helmut Rohde.

Seite 4/5

Dr. Uwe Holtz MdB, Vor-
sitzender des Bundestags-
ausschusses für wirt-
schaftliche Zusammenar-
beit, fordert weitere Un-
terstützung der SWAPO in
Namibia.

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Seite 6

33. Jahrgang / 31 /

14. Februar 1978

Der Bestand des demokratischen Staates ist das höhere
Rechtsgut

Wegen Detailfragen darf nicht das Ganze gefährdet werden.

Von Prof. Dr. Herbert Weichmann

Ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg

Den von geschichtlicher Erfahrung geprägten Zeitgenossen der
Weimarer Republik muß der Widerstand einiger Parteige-
nossen gegen gewisse Bestimmungen der Anti-Terrorgesetze
an jene Kämpfe im Reich und in Preußen erinnern, die nach
dem Säure-Attentat auf Scheidemann und nach der Ermordung
Rathenaus dem Schutz der Republik dienen sollten - doch mit
welcher grotesken Verschiebung der Fronten! Damals war es
die Reaktion, waren es die Parteien von halbrechts bis ganz
rechts, die sich Maßnahmen zum Schutz der Republik gegen ihre
Gegner oder die Systemveränderer, wie man heute sagen würde,
widersetzten. Unter diesen Umständen möchte ich besorgt
an die Haltung unserer sozialdemokratischen Staatsmänner
erinnern, die meines Erachtens auch für die gegenwärtigen
Beratungen im Rahmen der Fraktion wegweisend sein sollten,
weil in jedem Falle das zu schützende Rechtsgut das gleiche
ist, nämlich unser demokratisches Verfassungssystem, das
seine Gegner damals wie heute unter mißbräuchlicher Aus-
nutzung demokratischer Spielregeln diffamieren und erschüttern
wollen.

Vor fast genau zwei Jahren habe ich aus Anlaß des 50. Todes-
tages von Friedrich Ebert vor den Berliner Bundestagsabge-

ordneten der SPD einige Ausführungen gemacht, die vielleicht gerade auch in der gegenwärtigen Diskussion beachtlich sind ohne erst für sie zurechtgeschnitten zu sein.

Ich sagte: "In diesem Rahmen der Demokratie, die Ebert wollte, sollte aber auch nicht übersehen werden, daß eben auch Feinde der Demokratie am Werke sind, ideologische Randgruppen und kriminelle Systemveränderer, die in der Masse des Volkes berechnete oder auch übertriebene Unruhe erzeugen und den Ruf nach Sicherheit und einer vertrauensvollen Staatsgewalt zu einem aktuellen Politikum gemacht haben. Wir sollten uns die Sorge um die Gefahren nicht stehlen lassen und Andante spielen, damit die anderen Fortissimo klimpern können. Friedrich Ebert wußte vom ersten Augenblick seiner Amtstätigkeit um diese Gefahr, die von Anhängern der Gewalt oder der Diktatur der Demokratie drohte. In seiner Amtsrede sagte er 'Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird ist das erste Gebot derer, die sie lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch immer kommt, werden wir bekämpfen.'"

Dieser Kampf ist seinerzeit, wie wir leidvoll erfahren haben, verloren worden. Umso mehr wollen wir auch heute, dies ist ein Vermächtnis, im Auge behalten und aus der Geschichte gelernt haben, daß es gilt, den Anfängen zu wehren.

Ich darf ferner auch an die Haltung des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zum Problem des Verfassungsschutzes erinnern. "Die Meinungsfreiheit", erklärte er am 2. Oktober 1929 vor einer Versammlung der Königsberger Sozialdemokratie, "wird nach dem Republikenschutzgesetz in Deutschland nicht unterbunden, aber es darf nicht einfach jeder die Republik und ihre Staatsmänner mit Schmutz bewerfen und zu Gewalttätigkeiten auffordern. Das sind Zustände, gegen die sich die Republik wehren muß. Reichen die ordentlichen Gesetze nicht aus, dann muß man zu Sondergesetzen greifen. Das ist Notwehr."

Ähnlich klar äußerte sich der preußische Innenminister Grzesinski anlässlich einer deutschnationalen Interpellation wegen des Stahlhelmverbotes vor dem Landtag: "Es wird gegenüber denjenigen, die den heutigen Staat angreifen wollen, ohne innere Hemmungen rücksichtslos zugegriffen, und zwar haben darauf Anspruch die friedlichen Staatsbürger. Wenn sie glauben, daß sie die Freiheit, die ihnen der heutige Staat gegeben hat, benutzen können, um diesem Staat das Genick umdrehen zu können, so gelingt ihnen das bestimmt nicht." Es gelang ihnen leider doch.

Naturgemäß mögen immer Detailfragen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben. Immer muß aber im Auge behalten werden, daß bei gezielter Bedrohung unserer Staatsverfassung eben der Schutz und der Bestand des demokratischen Staates das höhere Rechtsgut ist. Nicht "fiat justitia, pereat mundus" kann gelten. Das haben wir ja verhängnisvoll erlebt.

Vielleicht sollte sich ein Weg zum Kompromiß durch eine Beschränkung der zeitlichen Dauer der von der Bundesregierung beabsichtigten gesetzlichen Maßnahmen finden lassen. Ganz bestimmt sollten aber auch die Opponenten jenen Vorgang vor Augen halten, der letztlich zum Untergang der Republik führte. Nämlich jene geschichtlich betrachtet höchst belanglose Detailfrage bei der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung, bei der eine sozialdemokratisch geführte Reichsregierung von Sozialdemokraten zum Austritt aus der Regierung und damit die SPD zum Austritt aus der gestaltenden Geschichte republikanischer Staatsführung gezwungen wurde.

(-/14.2.1978/hi/hgs)

Großbritannien darf nicht überreizen

Europa wartet auf faire Zusammenarbeit Londons

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

"Il changera son caractère", fürchtete der verstorbene Staatspräsident de Gaulle, wenn Großbritannien der EG beitreten würde. Europa hat um Großbritannien geworben und gekämpft. Unvergessen ist die großartige Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Labour-Parteitag im November 1974.

Wer in einer Gemeinschaft lebt, weiß, daß er mit anderen leben muß. Jedes Zusammenleben fordert und bringt Kompromisse, auch unbequeme.

Seit dem Brief Premierministers Callaghans an den Labour-Generalsekretär Hayward vom Dezember 1977 wird immer deutlicher, daß Großbritannien zwar in der Gemeinschaft bleibt, daß es aber kompromißbedürftige Fragen bis zum äußersten ausreizt, ja, daß bestimmte Regierungsmitglieder bereits überreizen. Selbst eine Politik des leeren Stuhls - eine sogenannte Politik - fand ihre Wiederauferstehung. Jeder besonnene Kritiker im eigenen Lande hat die Risiken längst erkannt; eine führende englische Wochenzeitung gebrauchte das Bild von dem Clubmitglied, das bei jeder Runde, die andere zahlen, gerne mithält, sich vor dem eigenen Beitrag aber drückt.

Mit dem Näherrücken der Wahlen hat auch die Opposition der britischen Konservativen sich nur noch für eine leise Unterstützung der EG im allgemeinen und die harte Gangart in der Interessenvertretung im einzelnen entschieden.

In der Bundesrepublik haben wir viel Verständnis für die Belange Großbritanniens. In der Tat sind einige der in der EG anstehenden Fragen sehr schwierig. Wenn aber kompromißbedürftige Fragen innenpolitisch so hochgespielt werden, daß Kompromisse erschwert oder unmöglich gemacht werden, dann muß und wird die europäische Sache, damit aber auch die Sache und das Ansehen Großbritanniens leiden. Gerade Großbritannien hat der Welt Begriffe wie Fairneß und Anerkennung der Mehrheitsentscheidungen geschenkt und vorgelebt. Es ist schwer vorstellbar, daß die Gemeinschaft auf eine Fortsetzung dieser Tradition vergeblich warten muß. (-/14.2.1978/ks/oa)

+ + +

Minister a.D. im Dienst der Arbeitnehmer

Neue Aufgaben warten auf Helmut Rohdes Tatendrang

Von Dieter Lattmann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn Helmut Rohde in diesen Tagen das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft verläßt, um Jürgen Schmude seinen Platz zu räumen, denkt niemand an das Ende einer politischen Karriere. Nicht einmal nach sonderlichem Abschiednehmen ist einem zu Mute. Vielmehr ist die allgemeine Überzeugung: Da steigt einer, der sein gewiß nicht immer geliebtes Ressort gleichwohl mit sachlicher Leidenschaft versah, von einer Spitzenaufgabe nahtlos um auf die andere.

Sozialpolitik und Arbeitnehmerfragen waren immer die eigentlichen Spezialgebiete des kampfeslustigen Niedersachsen, der bei Ernst Schellenberg in die politische Lehre ging und seine erfolgreichsten Jahre als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung verbrachte. Als Helmut Schmidt ihn Mitte der siebten Legislaturperiode zum Bundesbildungsminister machte, erwarteten Kundige, nun werde der Akzent in der Bildungspolitik von Universitätsproblemen auf die Berufsbildung verschoben. So kam es auch.

Gemessen an den verhängnisvollen Kompetenzmängeln, mit denen im Zeichen kulturpolitischer Vielstaaterei das Amt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft ausgestattet ist, war Helmut Rohde zweifellos ein Minister, der Erfolge erzielt und vor allem Neuorientierungen auf realistischer Basis in die Wege geleitet hat. Der Strukturbericht der Bundesregierung, den er im Entwurf seinem Nachfolger überläßt, stellt erneut und mit wünschenswerter Dringlichkeit die Gretchenfrage aller bundesrepublikanischen Bildungspolitik: Sagt mir, Bundesländer, wie haltet Ihr es mit der im Interesse der jungen Generation zu verstärkenden Bundeskompetenz?

Denn daß im Gegensatz zu anders lautenden Gerüchten durchgehend auch seit 1972 CDU und CSU in der für die Mehrzahl der bildungspolitischen Entscheidungen zuständigen

Instanz, dem Bundesrat, die verantwortliche Mehrheit und also die Verhinderungsmacht in Händen halten, darüber gibt es zwar in einem Teil der Öffentlichkeit konservativ genährte Zweifel, unter Fachleuten indessen nicht einmal ein Kopfschütteln. Das Hochschulrahmengesetz, das Scheitern der großen Berufsbildungsreform, das Auseinanderklaffen zwischen ländergesteuerter Bildungspolitik für Berufsschulen und bundeskompetenter Ausbildungspolitik für Handwerk, Industrie, Dienstleistungsbereiche und öffentlichen Dienst legen ein beredtes Zeugnis für den Wildwuchs im Bildungsdschungel des Föderalismus ab. Freilich befinden sich, wie bekannt, auch Sozialdemokraten unter den Sachverständigen, die mit undurchschaubaren Lianen nach den Riesenschlangenproblemen der Kulturbürokratie angeln.

Jürgen Schmude, dem neuen Hausherrn, sind erhebliche Reserven seiner sprichwörtlichen Gelassenheit zu wünschen, um mit diesen Arbeitsbedingungen des Bundesbildungsministers zurechzukommen. Helmut Rohde aber, den der Bildungsausschuß nicht zuletzt wegen seiner kreativen Formulierung schätzte, hat erklärt: "Jetzt in die Arena der sozialen Auseinandersetzungen zu steigen - und zwar ohne Ministerstander -, das ist es, was mich bewegt."

Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen findet auf dem Arbeitsmarkt, in der strukturellen Veränderung der Wirtschaft, vor allem aber angesichts der Notwendigkeit, den Sozialstaat umfassend zu sichern und die Einkommen der Rentner auf eine realisierbare Wachstumsrate festzulegen, Aufgaben über Aufgaben. In der Süddeutschen Zeitung wehrte er sich kürzlich - ganz seiner Diktion entsprechend - gegen "Luftpumpenprogramme": "Wenn ich als Junge einen Platten hatte, bin ich manchmal vom Fahrrad abgestiegen, habe Luft gepumpt, bin ein paar Meter weitergefahren und habe wieder gepumpt."

Die Sozialdemokraten der Bundestagsfraktion und der AfA wünschen ihm das nötige Flickzeug für die notwendigen Reparaturen und eine gehörige Ausstattung mit neuen Reifen - um im Bild zu bleiben. Vivat Helmut Rohde! Politik ist kein Geschäft zum Nachtrauern, sondern eines für Neuanfänge in Permanenz. Den SPD-Bildungspolitikern hinterläßt er jedenfalls, was ihm als Bildungsminister unverwechselbar machte: Das sozialpolitische Verständnis der Politik für Bildung und Wissenschaft. Dafür sei gedankt.

(-/ 14.2.1978/ks/hgs)

Letzte Runde in Südwest

Die SWAPO bleibt die wichtigste politische Kraft in Namibia

Von Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Namibia, dem ehemaligen Südwestafrika, ist wohl die letzte Runde eingeläutet. Es ist festzustellen, daß die Republik Südafrika mit allen Mitteln versucht, Einfluß auf das neue Staatsgebilde zu bewahren. Und zwar sowohl über Soldaten und Polizeieinheiten als auch über die Unterstützung von politischen Gruppen und Gruppierungen, die sie an der langen Leine hält, über die sie sich jedoch weiterhin Einfluß in Namibia sichern will.

Vor zwei Jahren waren eigentlich nur zwei politische Kräfte auszumachen: Die Nationale Partei, also die regierende südafrikanische Partei, die einen Ableger in Namibia hat, und die SWAPO auf der anderen Seite, die für die Unabhängigkeit und auch die wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung Namibias kämpft. In den letzten Jahren, ja in den letzten Wochen sind neue politische Gruppierungen hinzugetreten. Ich denke an die demokratische Turnhallenallianz, die wohl sehr ernst zu nehmen ist, der aber letztlich über das Schlagwort "ethnische Demokratie" daran gelegen ist, den Status quo für die Weißen bei gewissen kosmetischen Veränderungen zu bewahren. Es gibt auch Gruppierungen von Schwarzen und Farbigen, von denen ich den Eindruck habe, daß sie besonders in finanzieller und materieller Abhängigkeit von Südafrika oder von Wirtschaftskreisen stehen.

Der Westen darf sich in keinem Fall durch solche neuen Gruppierungen davon abbringen lassen, für eine eindeutige Unabhängigkeit Namibias einzutreten. Er sollte sich auch nicht davon abbringen lassen, die SWAPO weiterhin als eine wichtige politische Kraft in Namibia anzusehen.

(-/14.2.1978/ks/ 10)

+ + +